Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonniert außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten, für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47; sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspeditoren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das Illustr. Wochenblatt „ULK“, die textlos. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 320. Berlin, Sonntag, den 26. Juni 1904. XXXIII. Jahrgang.

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 51.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Es darf als eine der seltsamsten Errungenschaften unserer Tage gelten, daß der Sport in seinen mannigfachen Verzweigungen zu einem Instrument der Staatskunst emporgediehen ist. Das internationale Automobilwettrennen in Homburg gab Veranlassung zu einem Depeschenwechsel zwischen unserem Kaiser und dem Präsidenten der französischen Republik, der, wenn nichts anderes, so doch wenigstens das dartat, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, trotz des anfänglich mit so unverhohlen übler Laune aufgenommenen franko-englischen Ausgleichsvertrages, sich offiziell in sehr angenehmer Weise gestaltet haben. Der französische Sieg im Gordon Bennett-Rennen gab erwünschte Veranlassung, diese veränderte Auffassung vor aller Welt zu bekunden. Aehnlich dürfte wohl auch die große Kieler Regatta, die durch den Besuch König Eduards VII. ausgezeichnet wird, dazu beitragen, dem englischen wie dem deutschen Volke den Gedanken nahezulegen, daß zwischen Großbritannien und dem deutschen Reiche bei aller Gemessenheit der gegenseitigen Empfindungen tiefgehende Streitfragen nicht vorhanden sind. Selbst die eingefleischtesten Optimisten unter unseren Offiziösen gehen über diese Charakterisierung des englischen Königsbesuches nicht hinaus. Und wenn nach der Abreise Eduards VII. keine sichtbare Veränderung in dem Verhältnis beider Länder eingetreten sein wird, dann dürfte zum mindesten jeder Enttäuschung in den verschiedenen Lagern vorgebeugt gewesen sein.

Der britische Monarch wird auf deutschem Boden jenen ehrerbietig freundlichen Empfang zu gewärtigen haben, der dem Gaste unseres Kaisers gebührt, sodaß Eduard VII. ohne jede unangenehme Nebenempfindung auf die Tage zurückblicken kann, die er in der Gesellschaft unseres Kaisers in den deutschen Gewässern und auf deutschem Boden zugebracht hat. Von einer intimeren Aneinanderschließung der beiden blutsverwandten Nationen ist nicht die Rede. Und die Nationalisten diesseits wie jenseits der Nordsee werden keinen Grund haben, sich zu beklagen oder sich in ihren heiligsten Gefühlen benachteiligt zu sehen. Selbst das große Aufgebot hoher preußischer und deutscher Staatswürdenträger gilt ersichtlich nur dekorativen Zwecken. Wie gewisse Truppenteile zur Spalierbildung für den zu ehrenden Gast kommandiert wurden, so dürften die Minister und Staatssekretäre, die einen Ruf nach Kiel erhielten, bei den verschiedenen offiziellen Empfängen kaum eine andere Rolle zu spielen haben als die der feierlichen Spalierbildung.

Es sind bei dieser Gelegenheit im preußischen Abgeordnetenhause spitze und böse Worte gefallen, die dem Unmut darüber Ausdruck verliehen, daß die Minister unter Vernachlässigung ihrer parlamentarischen Aufgaben zu dergleichen Sportfestlichkeiten sich einfanden. Es ist das ohne Zweifel noch ein Ueberbleibsel aus jener Zeit, in der die Minister lediglich als Diener des Herrschers betrachtet wurden, jener Zeit, in der beispielsweise die ersten Würdenträger des Staates verpflichtet waren, bei Hochzeitsfeierlichkeiten im Königshause den famosen Fackeltanz zur Aufführung zu bringen. Wie erinnerlich, hat nur Bismarck es gelegentlich verstanden, sich für seine Person von diesem höfischen Dienst zu emanzipieren, während seine Kollegen, deren primus inter pares er war, sich ohne weiteres dem althergebrachten Brauche fügten. Man kann allerdings nicht behaupten, daß die Geschäfte des Landes gerade in diesem Momente eine sonderliche Förderung durch die Abwesenheit der Minister während der sogenannten Kieler Woche erfahren mochten. Und so haben denn auch zwei Mitglieder des Kabinetts sich bereit erklärt, den unverblümt ausgesprochenen Wünschen des Abgeordnetenhauses sich anzubequemen und ihre Abwesenheit von Berlin zu verkürzen.

Dieses immerhin bemerkenswerte Zugeständnis sollte namentlich der Verabschiedung der Novelle zum Ansiedelungsgesetz zu gute kommen, gegen das sich, weil es den Grundlagen unserer Verfassung widersprach, eine starke Opposition geltend machte. Das neue Ansiedelungsgesetz war als eine starke Waffe in der Hand der Regierung gegen das überwuchernde Polentum in den Ostprovinzen gedacht gewesen. Dadurch, daß es durch seine Bestimmungen gewissermaßen Staatsbürger erster und zweiter Klasse schuf, hatte es selbst in Kreisen Widersacher gefunden, die sonst mit den Zielen der Polenpolitik unserer Regierung im allgemeinen einverstanden waren. Die Nationalliberalen aber (schon aus Feindschaft gegen das polenfreundliche Centrum) waren in Verbindung mit den Konservativen im stande, dem Ministerium die erforderliche Mehrheit darzubieten. Allein in den Reihen der Konservativen selbst gab sich, namentlich unter den westpreußischen Landbündlern, eine der Vorlage durchaus feindliche Strömung kund, von der möglicherweise die aus Centrum und Freisinnigen gebildete Opposition profitieren könnte. Diese Anhänger des Bundes der Landwirte hatten herausgefunden, daß ihr eigener Grund- und Bodenbesitz unweigerlich an Wert verlieren müsse, wenn man es den Polen gesetzlich unmöglich mache, wie es der Entwurf anstrebt, neue Liegenschaften in den Ostprovinzen zu erwerben. Bei diesen Sezessionisten der konservativen Partei gesellte sich also zu den verfassungsrechtlichen Bedenken das wohlverstandene eigene Interesse, um gegen das neue Gesetz Stimmung zu machen. Geht der Unmut dieser Agrarier tief genug, um sie zu veranlassen, sich von dem Gros ihrer Fraktionsgenossen zu trennen, so hängt das Schicksal der Vorlage an wenigen Stimmen.

Das preußische Ministerium ist in diesem Falle in ähnlicher Lage wie in Frankreich das Kabinett Combes, das jeden Augenblick gewärtig sein muß, durch Defektionen aus dem eigenen Lager gestürzt zu werden. Erfreulicherweise für Combes sind allerdings bis jetzt alle Zettelungen, die darauf abzielten, das Ministerium in die Minorität zu bringen, zum Nachteil ihrer Urheber ausgefallen. Die seltsame Zweimillionenaffäre des Karthäuser-Ordens, durch die man den Ministerpräsidenten und seinen Sohn, Herrn Edgar Combes, ein- für allemal unmöglich zu machen gedachte, hat sich trotz der pomphaft angekündigten parlamentarischen Untersuchungskommission, wie es scheint, in eitel Wohlgefallen aufgelöst. Die Kronzeugen der Intriganten, die man mit lauten Tamtamschlägen herbeigerufen, wußten nichts zu bekunden oder verschanzten sich hinter einem doppeldeutigen Schweigen. Tatsache ist, daß Herr Combes und sein Sohn aus den Prüfungen, die man ihnen auferlegt, völlig intakt hervorgingen. Ihre nationalistischen und klerikalen Widersacher brauchen nun, da sie den Schaden haben, für den Spott nicht zu sorgen. Herr Combes aber kann sich in aller Seelenruhe dem Senat widmen, der jetzt das letzte Wort in der gegen die Kongregationen gerichteten Gesetzgebung zu sprechen hat. Ist dies geschehen, so kann der Ministerpräsident sein Werk als vollendet ansehen und dann anderen Männern des republikanischen Blocks Platz machen, denen sein für republikanische Verhältnisse überlanges Ministerium zum Teil schon längst ein Dorn im Auge war. Die Fleischtöpfe der Regierung stehen ihnen dann offen.

Ganz im Gegensatz zu dieser Ungeduld hungriger Regierungskandidaten scheint sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Verlängerung der Gewalten des gegenwärtigen Präsidenten Roosevelt ohne sonderliche Schwierigkeiten vollziehen zu sollen. Der wagemutige Imperialismus, zu dem sich Roosevelt bekennt, hat es den Massen der republikanischen Partei jenseits des Ozeans angetan. Die in Chicago zusammengetretene Nationalkonvention der Republikaner hat bereits die Wiederaufstellung Roosevelts zum Präsidentschaftskandidaten vollzogen und ihm in der Person des Durchschnittspolitikers Fairbanks einen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft zur Seite gestellt. Die demokratischen Gegner der Republikaner scheinen innerlich gespalten zu sein, und wer auch immer von ihnen als Mitbewerber um die Präsidentschaftswürde erkoren wird — er kann sicher sein, daß seinen Anhängern jene Begeisterung mangelt, die den Sieg Roosevelts zu verbürgen verspricht.

Es trifft sich für den Kandidaten der Republikaner sehr gut, daß es ihm gerade jetzt gelungen ist, die Angelegenheit des amerikanischen Staatsbürgers Perdicaris in Marokko zu gutem Ende zu führen. Der Gewaltstreich des aufsässigen Scheiks Rais Uli, der sich der Person des Amerikaners bemächtigt hatte, um vom Sultan von Marokko Genugtuung für ihm angeblich angetane Zurücksetzung zu erpressen, hat mit der Freilassung des Gefangenen zur größeren Ehre Roosevelts geendet. In den Augen der Nordamerikaner hat die also durchgeführte Uebertragung des civis romanus sum auf Angehörige der nordamerikanischen Republik um das Haupt des Präsidenten eine neue Gloriole gewoben. Für den Sultan von Marokko freilich bleibt diesem Erfolg der Roosevelt'schen Politik ein sehr bitterer Nachgeschmack; denn er setzt gewissermaßen eine Prämie auf die Räuberkunststücke der unbotmäßigen Scheiks, die nun den Weg wissen, auf dem vom Sultan alle möglichen Zugeständnisse zu holen sind. Daß dies so kurze Zeit nach dem Abschluß des englisch-französischen Marokko-Vertrages geschehen konnte, in dem sich Frankreich die Sorge für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Sultanat zugewiesen, dürfte Herrn Delcassé in Paris manche peinliche Viertelstunde bereitet haben. Er bekam nun die Rückseite des Erfolges, zu dem er so sehr beglückwünscht worden war, in recht unerfreulicher Weise zu kosten.

Der Freund und Alliierte der Republik, das Zarenreich, ist schlechterdings weit entfernt davon, auch nur ähnliche Scheinerfolge für sich in Anspruch nehmen zu können. Der Feldzug gegen Japan ist bisher zu Wasser wie zu Lande gleich unerquicklich für Rußland ausgefallen. Der Oberbefehlshaber, General Kuropatkin, hatte sich, um den Fall Port Arthurs hintanzuhalten, auf Petersburger Wünsche hin aus seiner bis dahin festgehaltenen Fabius Cunctator-Strategie herausdrängen lassen. Die Entsendung des Generals Stackelberg nach Süden erwies sich als ein verhängnisvoller Fehler. Die Niederlage Stackelbergs bei Wafangou erhärtete noch einmal die Ueberlegenheit der japanischen Heerführer und ihrer artilleristischen Ausrüstung. Kuropatkin selbst mußte, um seinen Unterfeldherrn vor gänzlicher Vernichtung zu schützen, seine Stellung bei Liaojang aufgeben, um sich mit dem Gros seiner Truppen den Japanern zu stellen. Die letzte Entscheidung ist noch nicht gefallen, aber die Japaner — das muß man heute schon zugestehen — haben, wenn es zur offenen Feldschlacht kommt, sehr große Chancen für sich. Dazu kommt, daß das Husarenstückchen der Wladiwostok-Flotte, das die japanische Bevölkerung in zitternde Erregung brachte, mit dem Rückzug des Admirals Besobrasow nach dem schützenden Hafen endete, wenn es auch gelungen war, den Japanern erheblichen Schaden an Schiffen und Mannschaften zuzufügen. Aber der eben gemeldete Kampf des Admirals Togo mit der Port Arthur-Flotte hat, wenn die ersten Nachrichten sich bestätigen, zu einer so vernichtenden Niederlage des russischen Geschwaders geführt, daß die Siegeszuversicht der Japaner auch zu Lande nur eine neue Stärkung dadurch erfahren haben kann. Wird Kuropatkin mit dem Landheer geschlagen, so wird man sich darauf gefaßt machen müssen, den Krieg noch sehr lange andauern zu sehen, während ein Sieg seinerseits, der Rußlands Waffenehre retten würde, wahrscheinlicherweise einer Vermittelung Tür und Tor geöffnet hätte.

---

* **Oberst Leutwein** telegraphiert aus **Windhuk:** Bin nach Windhuk zurückgekehrt und habe Geschäfte des Gouvernements übernommen. Im Einverständnis mit dem Truppenkommandeur werde ich mich im August nach dem Süden begeben.

Die deutschen Streitkräfte in Südwestafrika werden nach Abgang der letzten Truppensendungen dem Militärwochenblatt zufolge die Zahl von 506 Offizieren und oberen Beamten und 7100 Mann erreicht haben. Trotzdem verlangt General v. Trotha noch über 1000 Mann. Es wäre wirklich Aufklärung darüber erwünscht, ob General v. Trotha in der Tat noch Verstärkungen gefordert hat, und ob solche nach dem Schutzgebiet geschickt werden sollen.

---

* In **Bundesratskreisen** glaubt man darauf rechnen zu können, daß die neuen **Handelsverträge** dem Reichstag sämtlich im Laufe des nächsten Winters zugehen, und daß die Wirkung des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs sich vom 1. Oktober 1905 ab werde geltend machen können.

---

* Die **bayerische Regentschaftsfrage** gehört zu den unerquicklichsten Vorkommnissen im öffentlichen Leben Deutschlands. Sie hat ihr Analogon nur in der preußischen Regentschaftsfrage ausgangs der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Damals wurde die endgültige Lösung durch den Tod Friedrich Wilhelms IV. herbeigeführt. In Bayern lebt der unglückliche König Otto und der durch Alter wie durch seine Charaktereigenschaften gleich ehrwürdige Luitpold führt die Regentschaft. Nun drängen gewisse Umstände zu einer definitiven staatsrechtlichen Entscheidung und die antisemitisch-agrarische „freie Vereinigung“ in der Münchener Kammer hat neuerdings die Abschaffung der Regentschaft beantragt. Das bedeutet naturgemäß nichts anderes, als die Aberkennung des Königstitels für den notorisch regierungsunfähigen Otto und die Uebertragung der Königswürde an den bisherigen Prinzregenten Luitpold. Davon aber will dieser, wie uns ein Privat-Telegramm aus München berichtet, nichts wissen. Der Prinzregent ist über diesen Antrag außerordentlich verstimmt und er hat auf das Bestimmteste erklärt, daß er mit der ganzen Sache nichts zu tun haben wolle. Wie uns ferner telegraphisch aus München mitgeteilt wird, ist ein in der „Augsburger Abendztg.“ veröffentlichter Artikel, welcher den genannten Antrag vom staatsrechtlichen Standpunkte aus bekämpft, direkt auf eine Inspiration aus dem Ministerium des Aeußeren zurückzuführen. Unter diesen Umständen werden die Liberalen sowohl wie die Klerikalen den Antrag nicht unterstützen. Ja, man gibt sich der Hoffnung hin, daß es möglich sein werde, die Beratung des Antrages im Landtage überhaupt zu verhindern. Bei dem hohen Alter des Prinzregenten ist seine Abneigung gegen eine so tief in sein Leben einschneidende Veränderung sehr leicht erklärlich. Außerdem mögen vielleicht die erhöhten Repräsentationskosten, wie sie nun einmal die Königswürde erfordert, den Prinzregenten bestimmen, an dem jetzigen Zustande festzuhalten; denn noch ist trotz aller Sparsamkeit die ungeheuere Schuldenlast des unglücklichen Ludwig II. nicht abgetragen.

---

* Aus der gestrigen kaum einstündigen Sitzung des **Herrenhauses** ist nur ein Moment erwähnenswert. Bei Gelegenheit der Beratung des Gesetzentwurfes über Aenderungen in den Bestimmungen betreffend das Staatsschuldbuch machte nämlich der Reichsbankpräsident Dr. Koch die Bemerkung, daß durch diese neuen Bestimmungen der Kurs der Reichs- und Staatsanleihen steigen werde, daß jedoch die Kursschwankungen bei unseren Anleihen sich bedeutend vermindern würden, sobald die Sparkassen ihre Gelder in erhöhterem Maße als bisher in Staatspapieren anlegen würden. Die Oberbürgermeister Struckmann (Hildesheim) und Becker (Köln) widersprachen der letzten Bemerkung des Reichsbankpräsidenten und verwahrten die Sparkassen gegen die ihnen zugedachte Rolle, als Prügelknaben des Finanzministeriums zu dienen. Aber gerade der Vertreter dieses Ressorts gab die Erklärung ab, die Staatsregierung halte an dem Gedanken fest, im Wege eines Gesetzes die Sparkassen zu zwingen, einen Teil ihrer Barbestände in Staatspapieren anzulegen. Fragt sich nur noch, ob die Volksvertretung sich bereit finden lassen wird, der Staatsregierung auf diesem angedrohten Wege zu folgen. Alle übrigen Gesetzesvorlagen wurden glatt in den vom Abgeordnetenhause bereits gebilligten Fassungen angenommen.